

BIW *Aktuell*

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

2. Jahrgang

Ausgabe 3/2005

16.05.2005

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Bundestag stimmt EU-Verfassung zu	1
Abgeordnete gegen die EU-Verfassung	2
Kritik am Turbokapitalismus	3
Kurz notiert	5
In eigener Sache	6
Der gute Rat	6
Zu guter Letzt	6
Impressum	6

Bundestag stimmt EU-Verfassung zu

Es kam, wie es kommen mußte: Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag den Vertrag für eine Europäische Verfassung ratifiziert. Immerhin 23 Abgeordnete vor allem aus den Reihen der CDU/CSU entzogen sich dem Druck ihrer Fraktion und verweigerten der Vorlage ihre Zustimmung. Zwei weitere Parlamentarier enthielten sich. Mit der Zustimmung zur EU-Verfassung wurde eine schicksalhafte Entscheidung für Deutschland getroffen. Denn sollte die Verfassung am Ende tatsächlich in Kraft treten, dann werden die Mitgliedsstaaten noch mehr Kompetenzen nach Brüssel abgeben müssen, wird die EU auf beinahe allen Politikfeldern ein mehr oder minder großes Mitspracherecht auf Kosten der Nationalstaaten haben. Dabei werden schon heute 70% der Innenpolitik unseres Landes durch Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union vorgegeben.

Mit der Europäischen Verfassung würde die EU auf dem Weg in einen bürgerfernen

zentralistischen Bundesstaat also einen gewaltigen Schritt nach vorne tun.

Auffallend auch: Kaum eine politische Entscheidung mit derart großer Tragweite wurde im Vorfeld der parlamentarischen Beschlußfassung so wenig diskutiert wie die EU-Verfassung. In der Presse ist das Thema vergleichsweise selten aufgegriffen worden. Und im reichweitenstarken Fernsehen wurden die EU-Verfassung und ihre Folgen für Deutschland praktisch totgeschwiegen. Talkrunden etwa, die auch Kritikern die Möglichkeit gegeben hätte, ihre Positionen öffentlich darzulegen, waren beim Thema EU-Verfassung Fehlanzeige. Kein Wunder, daß die große Mehrheit der Deutschen nicht weiß, was in dem knapp 500 Seiten starken und in schwer verständlicher Juristensprache verfaßten Konvolut des Verfassungsvertrages steht. Und das ist aus Sicht der Verfassungsbefürworter auch gut so. Denn je intensiver man sich mit dem Regelwerk

beschäftigt, desto vernichtender fällt das Urteil aus: Die EU-Verfassung stärkt nicht die Rechte der nationalen Parlamente, sie sorgt auch nicht für mehr Bürgernähe oder ein sozialeres Europa, wie ihre Befürworter gerne behaupten. Sie bewirkt das genaue Gegenteil!

Die europäischen Zentralisten haben mit der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages durch den Deutschen Bundestag zweifellos einen wichtigen Sieg errungen, zumal auch die Zustimmung des Bundesrates am 27. Mai als sicher gilt. Doch noch ist nichts entschieden. Denn die EU-Verfassung kann nur dann in Kraft treten, wenn ihr alle 25 Mitgliedsstaaten der Union zugestimmt haben. Bislang haben das aber gerade einmal 9 Länder getan, wobei bezeichnenderweise nur in Spanien das Volk in einem Referendum befragt wurde. Noch in diesem Monat wird es in Frankreich eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung geben, die nach Meinung von Beobachtern äußerst knapp ausgehen wird. Auch in Holland und Dänemark gilt die Zustimmung der Bürger als ungewiß. Und in Großbritannien, wo im Frühjahr 2006 ebenfalls eine Volksabstimmung stattfinden, spricht sich aktuell eine klare Mehrheit gegen die EU-Verfassung aus.

Auch in Deutschland ist das Thema trotz der heutigen Beschlußfassung durch den Deutschen Bundestag noch nicht in trockenen Tüchern. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Gauweiler hat bereits angekündigt, nach der Abstimmung im Bundesrat Klage gegen die EU-Verfassung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einzureichen. Klagevertreter und Verfasser des 277 Seiten starken Schriftsatzes ist der bekannte Erlanger Staatsrechtler Prof. Dr. Schachtschneider, der 1993 federführend das sogenannte Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erstritten hatte.

Der BIW lehnt die EU-Verfassung ab und unterstützt deshalb die Klage von Dr. Peter Gauweiler und Prof. Schachtschneider. Mit Herrn Prof. Schachtschneider steht der BIW in dieser Sache bereits seit Monaten in engem Kontakt. Unabhängig von der Entscheidung des Deutschen Bundestages wird der BIW den politischen Kampf gegen die EU-Verfassung und damit für Freiheit und Demokratie fortsetzen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Internetseite www.eu-verfassungsklage.de, die wir eigens für diese wichtige Kampagne eingerichtet haben.

Bundestagstagsabgeordnete gegen die EU-Verfassung

Gerade hat uns die Liste der Bundestagsabgeordneten erreicht, die dem EU-Verfassungsvertrag am 12. Mai Ihre Zustimmung im Parlament verweigert haben. Gegen die EU-Verfassung votierten:

Manfred Carstens (CDU)
Alexander Dobrindt (CSU)
Thomas Dörflinger (CDU)
Albrecht Feibel (CDU)
Herbert Frankenhauser (CSU)
Hans-Peter Friedrich (CSU)
Dr. Peter Gauweiler (CSU)

Klaus-Jürgen Hedrich (CDU)
Ernst Hinsken (CSU)
Robert Hochbaum (CDU)
Manfred Kolbe (CDU)
Hartmut Koschyk (CSU)
Rudolf Kraus (CSU)
Barbara Lanzinger (CSU)
Doris Mayer (CSU)
Gerd Müller (CSU)
Franz Obermeier (CSU)
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr (CDU)
Marion Seib (CSU)
Johannes Singhammer (CSU)

Martin Hohmann (fraktionslos)
Petra Pau (PDS)
Gesine Löttsch (PDS)

Der Stimme enthalten haben sich Hermann Scheer und Ernst-Ulrich von Weizsäcker (beide SPD). Aus dieser Liste geht auch hervor, daß sowohl die Abgeordneten der FDP als auch die von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN der Vorlage vollzählig zustimmten.

Unser Vorschlag: Schicken Sie den Abgeordneten, die sich am 12.05.2005 gegen die

EU-Verfassung aussprachen, eine Nachricht und danken Sie ihnen für den Mut, sich dem Zwang ihrer Fraktionen in dieser für Deutschland so wichtigen Frage entzogen zu haben. Eine Liste aller Volksvertreter nebst E-Mail-Adressen finden Sie im Internet unter <http://www.bundestag.de/mdb15/alphabet/index.html>. Einfach auf den Namen klicken. Sie gelangen zur Unterseite des jeweiligen Abgeordneten, auf der Sie in der rechten Spalte auch die E-Mail-Adresse sowie die Postanschrift finden. Wir würden uns über rege Beteiligung an dieser Aktion freuen!

Kritik am Turbokapitalismus

Bereits seit Wochen wird in Deutschland heftig über die Folgen von Kapitalismus und Globalisierung diskutiert. Auslöser der Debatte war eine programmatische Grundsatzrede von SPD-Chef Müntefering, gehalten am 13.04.2005 im Willy-Brandt-Haus zu Berlin. In seiner Ansprache geißelte Müntefering in einer relativ kurzen Passage die "international forcierten Profit-Maximierungs-Strategien" global agierenden Konzerne, die "auf Dauer unsere Demokratie" gefährdeten. "Unsere Kritik", so Müntefering weiter, "gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profit-Handelns". Die SPD wolle nicht die "Marktwirtschaft pur", sondern eine soziale Marktwirtschaft. Kurze Zeit später legte Müntefering noch nach, indem er Finanzinvestoren mit Heuschreckenschwärmen verglich, die über deutsche Unternehmen herfielen und aus reiner Profitgier massenhaft Arbeitsplätze abbauten, um ihre Kapitalrenditen zu steigern.

Während sich Opposition und Arbeitgeberverbände unisono über die Äußerungen Münteferings echauffierten und sie als "rückständig" und "schädlich" verurteilten,

pflichteten in Meinungsumfragen bis zu 2/3 der befragten Bundesbürger der Kapitalismuskritik des SPD-Chefs mehr oder minder bei. Kein Wunder, denn die Schattenseiten des globalisierten Kapitalismus treten gerade in Deutschland immer deutlicher zutage: 5,2 Millionen offizielle Arbeitslose - in Wahrheit sind es 7-8 Millionen Stellensuchende -, massive Standortverlagerungen deutscher Unternehmen in Billiglohnländer und der Zustrom osteuropäischer Arbeitskräfte, die mit Dumpinglöhnen einheimische Erwerbstätige aus ihren Jobs verdrängen. Und während die großen, im Deutschen Aktienindex (DAX) versammelten Konzerne ihre Gewinne allein im vergangenen Jahr um 69% steigern konnten, muß die breite Bevölkerung angesichts leerer Staatskassen herbe soziale Einschnitte über sich ergehen lassen.

Dennoch greift die Unternehmerschelte von Müntefering zu kurz - und soll wohl auch vom Versagen der Politik ablenken. Denn die großen Firmen, die der SPD-Chef ins Visier nimmt, sind selbst Getriebene einer gnadenlosen kapitalistischen Marktlogik. Der internationale Wettbewerbsdruck und die Gefahr, Opfer einer feind-

lichen Übernahme durch Mitkonkurrenten oder (ausländische) Finanzinvestoren zu werden, zwingt die Unternehmen dazu, ihre Gewinne ständig zu maximieren. Nur so läßt sich der Aktienkurs auf einem hohen Niveau halten. Und das heißt in einem insgesamt schwachen wirtschaftlichen Umfeld: Kosten einsparen, etwa durch die Verlagerung der Produktion ins Ausland oder weitere Rationalisierungen und damit den Abbau von Arbeitsplätzen.

Viel interessanter als über die Folgen zu diskutieren ist die Frage, wie es eigentlich so weit kommen konnte. Ist die Globalisierung tatsächlich eine Art unvermeidliches Naturereignis, wie uns wirtschaftsliberale Politiker und Medienvertreter bei jeder sich bietenden Gelegenheit weismachen wollen? Natürlich nicht! Tatsächlich ist die Globalisierung das Ergebnis einer Politik, die seit den siebziger Jahren gezielt betrieben worden ist und die zu einer permanenten Unterhöhlung der nationalstaatlichen Souveränität geführt hat. Es war die Politik, die der Doktrin des unbedingten Freihandels folgend "protektionistische Hemmnisse" wie Zölle zum Schutz vor Billigimporten abgebaut und Standards vereinheitlicht, kurzum den Welthandel "liberalisiert" hat. Dadurch erst sind die Voraussetzungen für Konzerne und internationale Finanzinvestoren geschaffen worden, weltweit nach Belieben zu agieren und die Nationalstaaten gegeneinander auszuspielen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes und die überstürzte EU-Erweiterung nach Osteuropa taten ein übriges.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu grotesk, wenn Franz Müntefering in seiner Rede vom 13.04.2005 darüber jammert, daß die wachsende Macht des Kapitals "die Handlungsfähigkeit der Staaten (...) rücksichtslos reduziert". Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Politik selbst und allen voran natürlich die Linke haben den ungeliebten Nationalstaat seiner Interventions-

möglichkeiten beraubt und damit erst den "Raubtierkapitalismus" entfesselt, der sich nun ohne Rücksicht auf soziale Verluste Bahn bricht.

Irrig ist auch die Vorstellung, man könne den negativen Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung durch eine Internationalisierung der Politik beikommen. Einige Politiker bis hin zu Herz-Jesu-Marxist Heiner Geißler träumen gar von einem "internationalen Sozialstaat" deutschen Vorbilds. Doch den wird es nicht geben. Denn die Vorstellungen der Staaten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind einfach viel zu verschieden. Das deutsche Modell des "rheinischen Kapitalismus" etwa, das auf einem politisch regulierten Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital basiert, ist mit der angelsächsischen Laissez-Faire-Ökonomie kaum vereinbar. Und die aufstrebenden Schwellenmächte China und Indien mit ihrem schier unerschöpflichen Reservoir an billigen Arbeitskräften werden sich kaum in internationale Sozialabkommen einbinden lassen. Schließlich will man sich nicht um seine Vorteile im Wettbewerb mit den etablierten Industrienationen bringen. Und selbst wenn es irgendwann einmal solche Abkommen geben sollte, sind allenfalls Kompromisse auf kleinstem gemeinsamen Nenner und damit ein sehr niedriges Schutzniveau zu erwarten.

Auf kurz oder lang wird deshalb kein Weg an der Erkenntnis vorbeiführen, daß nur eine angemessene Renationalisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchaus auch im Rahmen eines EU-Kerneuropa geeignet ist, der schrankenlosen Ökonomisierung auf Kosten der breiten Bevölkerung Einhalt zu gebieten. Für Deutschland kommt es vor allem darauf an, die Hoheit in der Zuwanderungspolitik wieder zurückzugewinnen. Nur so läßt sich letztlich der Zustrom von Billigarbeitskräften, die hierzulande das Lohn- und Tarifgefüge

unterminieren, verhindern. Solange die unbedingte Freizügigkeit für alle Bürger in der EU gilt, kann das nicht gelingen. Außerdem muß es möglich sein, gezielt solche Unternehmen z.B. steuerlich zu fördern, die Arbeitsplätze in Deutschland schaffen - und solche zu sanktionieren, die Standorte ins Ausland verlagern. Und schließlich sind die Möglichkeiten von Spekulanten, deutsche Firmen auch gegen den Willen des Managements einfach zu übernehmen, wirksam zu beschränken.

Kurzum: Die Politik muß das an die Wirtschaft verlorene Primat wieder zurückgewinnen. Das ist auch ein Gebot des demokratischen Rechtsstaats, in dem das Volk höchster Souverän ist - und nicht die Vorstände der Konzerne oder die Wirtschaftslobbyisten. Gelingt das nicht, dann wird nicht nur jede Form von sozialstaatlicher Sicherung in Deutschland alsbald Geschichte sein, sondern auch die Demokratie schweren Schaden nehmen.

Kurz notiert

Zwischen 1998 und 2004 wurden exakt 23.167 Gesetze beschlossen, die für Deutschland Gültigkeit haben. Doch nur 4.250 sind vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Die "restlichen" 80%, also knapp 19.000 Gesetze, kamen von der EU. Sollte der vom deutschen Parlament gerade ratifizierte EU-Verfassungsvertrag tatsächlich Realität werden, dürfte sich die Flut verbindlicher Bestimmungen aus Brüssel noch vergrößern. Soviel zum Thema Bürokratieabbau!

+++

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks schlägt Alarm: Etwa 20% der jugendlichen Lehrstellenbewerber sind für eine Ausbildung in Handwerksbetrieben ungeeignet, weil sie nicht richtig schreiben und rechnen können. Schon ein einfacher Dreisatz macht vielen Jugendlichen Schwierigkeiten. Auch an bewährten Tugenden wie Fleiß, Höflichkeit und Zuverlässigkeit hapert es. Es sind nicht zuletzt diese Defizite, die Unternehmen davon abhalten, mehr Lehrlinge einzustellen. Die linken Bildungsexperimente der letzten Jahrzehnte und die auch von der Politik geförderte Erosion gesellschaftlicher Werte fordern jetzt ihren Tribut!

+++

1971 herrschte in Deutschland praktisch Vollbeschäftigung. Der Körperschaftsteuersatz lag bei 51 %. Die damalige Bundesregierung erwog zunächst eine Anhebung der Körperschaftsteuer auf 58 %, beschied sich dann aber mit 56%. Die Gewerbesteuer lag in etwa bei 8 %, die Sozialabgaben bei 26,2 %. Heute gibt es in Deutschland offiziell über 5 Millionen Arbeitslose. Die Körperschaftsteuer liegt bei 25%, die Gewerbesteuerlast bei durchschnittlich 13% und die Sozialabgaben machen 42,1% aus. Die Bundesregierung will nun die Körperschaftsteuer auf 19% senken. Davon profitieren aber nur die Kapitalgesellschaften und damit in erster Linie Großunternehmen, die gerade einmal 15% aller Firmen in Deutschland ausmachen. Für Personengesellschaften und Einzelunternehmen beträgt die Einkommenssteuerbelastung dagegen bis zu 42%. Ob man so neue Arbeitsplätze in Deutschland schafft?

+++

"Du kannst wählen zwischen der Wahrheit und der Ruhe, aber beides zugleich kannst Du nicht haben." (Ralph W. Emerson)

+++

In eigener Sache

Der BIW verschickt Informationen nicht nur per E-Mail, sondern läßt seinen Förderern und Interessenten zusätzliche Mitteilungen auf dem Postweg zukommen. Wenn auch Sie in unseren Postverteiler aufgenommen werden wollen, dann geben Sie uns einfach Ihre Anschrift per E-Mail an timke@buerger-in-wut.de bekannt. Oder senden Sie uns ein Fax an die Nummer 0 30/53 21 48 92.

+++

Die Internetseite des BIW unter der Adresse www.buerger-in-wut.de wird gerade umgebaut und steht deshalb nicht zur Verfügung. Unser Portal wird voraussichtlich bis Ende Mai wieder online sein.

Der gute Rat

Wenn ein Korken oder Stöpsel so fest in der Flasche sitzt, daß Sie ihn mit dem Korkenzieher nicht herausbekommen, so müssen Sie den Flaschenhals warm reiben oder

mit einem Streichholz kurz erwärmen. Das Glas dehnt sich dadurch aus und der Korken läßt sich leicht herausziehen.

Zu guter Letzt

Ein amerikanischer und ein deutscher Unternehmer wetten, wer als erster eine Brücke fertig gebaut hat. Nach drei Monaten faxt der Amerikaner:

"Noch 6 Tage und wir sind fertig"...

Faxt der Deutsche zurück:

"Noch 6 Formulare und wir fangen an"...

+++

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählervereinigung Bürger in Wut, Rotdornallee 18 a, D-28717 Bremen. Telefon 0421/69 49 93 00. Fax 0421/69 49 93 01. E-Mail: timke@buerger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW.